

Alle meine Sprachen

Empowerment durch mehrsprachige Bildung

Symposium der Pädagogischen Hochschule OÖ, 5. und 6. April, Linz

Im Rahmen des Symposiums wurden drei wissenschaftliche Vorträge gehalten, die Arbeit des Österreichischen Sprachenkompetenzzentrums ÖSZ vorgestellt und insgesamt 22 Workshops angeboten. Leider war nach den Vorträgen keine Zeit für Rückfragen oder Diskussionen.

In ihren **Eröffnungs- und Begrüßungsworten** verweisen die Rektorin der PH OÖ, Priv. Doz. **DDr. Ulrike Greiner** und die Vertreterin des BM:UKK **Dr. Muriel Warga-Fallenböck** auf die Bedeutung der Sprachkompetenzen sowohl in der Erstsprache als auch in den Fremdsprachen. Englisch allein reicht nicht mehr aus und bringt keine Wettbewerbsvorteile, zumindest eine weitere Fremdsprache ist erforderlich. Die vorhandenen Chancen und Möglichkeiten, die sich durch die Vielfalt der Erstsprachen ergeben, müssen genützt werden. Dazu braucht man bestens ausgebildete Lehrer/innen. Die PH hat den Sprachenerwerb zu einem Schwerpunktthema gemacht.

Mehrsprachigkeit und Bildung: ein Widerspruch?

Univ. Prof. Dr. Ursula Neumann von der Universität Hamburg beginnt mit einer Kurzanalyse der heutigen Situation. Mehrsprachigkeit ist eine gesellschaftliche Realität. Die Akzeptanz dieser Realität ist sowohl Bildungsvoraussetzung für das einzelne Kind bei Schuleintritt als auch Bildungsbedingung für alle Kinder. Die Bildungspolitik reagiert darauf abwehrend, ignorierend oder aufnehmend, das hängt vollkommen von den gerade agierenden Personen ab, kann aber im Sinne einer Bildungsgerechtigkeit so nicht hingenommen werden. Die Wissenschaft befasst sich mit dem Thema auf vielfache Weise (Spracherwerbsforschung, Sprachdiagnostik, Didaktik der Mehrsprachigkeit), die politischen Reaktionen stehen oft nur in losem Zusammenhang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Während früher die Gesellschaft der Meinung war, Einsprachigkeit wäre das Normale, weiß man heute, dass ein Kind auch mehrere Sprachen zur gleichen Zeit erlernen kann. Kinder haben keine Probleme mit der Sprachtrennung, ab dem Alter von drei Jahren benutzen sie verschiedene Strategien bei der Kommunikation. Meist dominiert eine Sprache, die aber je nach Häufigkeit der Anwendung wechseln kann. Es entstehen große Unterschiede bei Wortschatz und Grammatik, ob Sprachen gleichzeitig oder nacheinander erlernt werden.

Sprachstandsfeststellungen werden vor Schulbeginn zum Zweck des Screenings eingesetzt, im Kindergarten und in der Schule zur Förderplanung und als Beobachtungsinstrument. Bei allen Fördermaßen müssen die Bildungsvoraussetzungen der Kinder bekannt sein, sowohl in Bezug auf die Deutschkenntnisse als auch auf die Kenntnisse der weiteren Sprachen.

Internationale Vergleichsstudien wie PISA zeigten, dass zweisprachige Schüler/innen in der Schule schlechter abschnitten, andere internationale Studien wie DESI¹ ergaben jedoch, dass zweisprachige Schüler/innen eine dritte Sprache leichter erlernen als einsprachige.

Mehrsprachigkeit sollte heute ein Bildungsziel sein, da sie ein gesellschaftliches Erfordernis in einer globalisierten Welt ist.

FÖRMIG² (Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund) ist ein Konzept der gezielten Förderung sprachlicher Fähigkeiten und der durchgehenden Sprachbildung. Die Sprachausbildung darf nicht im Kindergarten aufhören, da die Anforderungen steigen. Die einzelnen Bildungseinrichtungen müssen zusammenarbeiten und es sollte keine unterschiedlichen Regelungen der Sprachverwendung zwischen Schule, Familie und außerschulischem Bereich geben.

Die Lehrerinnen und Lehrer aller Fächer sind in gewissem Sinn auch Sprachlehrer/innen. Viele sehen aber keine Möglichkeit neben dem Fachunterricht auch noch Sprachförderung zu leisten.

FÖRMIG hat Mehrsprachigkeit als Bildungsziel:

- auf der Ebene des Unterrichts: entsprechende Gestaltung und Planung, Bereitstellung mehr-

1 <http://de.wikipedia.org/wiki/DESI-Studie>

2 <http://www.foermig.uni-hamburg.de/web/de/all/home/index.html>

sprachiger Lernmittel (z.B. Wörterbücher), Gestaltung vielfältiger Kommunikationssituationen. Wichtig ist eine Lerndokumentation

- auf der Ebene der Schule: mehrsprachiges Personal, Ausbau der Zusammenarbeit mit den Eltern auch durch Bildungsangebote für Eltern, Angebote an Unterricht in den Herkunftssprachen, der für alle Kinder offen ist, entsprechende Außendarstellung der Schule

Eine Sonderform stellt eine bilinguale Schule dar (Deutsch, Migrantensprachen), wo sehr gute Leistungen in der Grundschule erzielt werden konnten.

- auf der Außenebene: Kooperationen und Netzwetkbildung durch Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen, professionelle Lerngemeinschaften unter Beteiligung von mehrsprachigen Personen und Organisation von öffentlichkeitswirksamen Aktionen.

Die Politik muss den Rahmen vorgeben, die Wissenschaft kann nur beraten.

Ca 90% aller Lehrer/innen sind auch Sprachlehrer/innen, aber nur 10% dafür ausgebildet.

Wir brauchen Empowerment der Pädagog/innen, der Eltern und Organisationen der Migrant/innen selbst und erreichen dadurch das Empowerment der Schüler/innen.

Die Europäische Sprachenpolitik: Trends zur individuellen Mehrsprachigkeit

Mag. Gunther Abuja, Geschäftsführer des ÖSZ, skizziert die europäische Sprachenpolitik im Überblick wie sie von den drei dafür zuständigen Gremien vertreten wird: Europäische Union (Brüssel), Europarat (Strassburg), Europäisches Zentrum des Europarates (Graz).

Zwei wichtige Leitinitiativen der EU sind „Youth on Move“³ und „New Skills for New Jobs“⁴.

In den Threshold Levels wird der Grundstein für kommunikativen und funktionalen Unterricht gelegt. Die vier Ziele der Sprachenpolitik waren die Einbeziehung der Massenmedien, das Bilinguale Lernen, die Europäischen Bildungsaustauschprogramme und die „Lernerautonomie“. Nach dem Jahr der Sprachen 2001 sollte die Konzeption des gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GERS) die europaweite Messung und Vergleichbarkeit der Sprachkenntnisse ermöglichen, das Sprachenportfolio eine Unterstützung für die Lernenden bringen. Heute ist man überzeugt, dass qualitativ hohe Bildung Sprachkenntnisse beinhalten muss. Lehrpläne müssen sich anpassen, sie sind in Österreich vielfach auf rein deutschsprachige Schüler/innen, die sich nur in einer deutschsprachigen Umgebung aufhalten, konzipiert. Sie müssen aber Erst- und Zweitsprachen sowie die Fremdsprachen berücksichtigen. Das Projekt „Language of School Education“ (Schulsprache) soll den Schulerfolg aller Schüler/innen sicher stellen. Mit Language Across the Curriculum wird erforscht, welche sprachlichen Kompetenzen notwendig sind, um vom Fachunterricht in einer Fremdsprache zu profitieren und wie diese erworben werden können.

Früher strebte man das Erlernen der Fremdsprache bis zur Perfektion an, jetzt präferiert man Kompetenzen in Teilbereichen. Sprachen sollten nicht additiv (eine nach der anderen) sondern integrativ erlernt werden. Die individuelle Mehrsprachigkeit ist das Ziel.

Der LEPP Prozess als Impulsgeber für die Lehrer/innenbildung in Österreich

Mag. Elisabeth Schlocker stellvertretende Geschäftsführerin des ÖSZ stellt kurz den LEPP Prozess⁵ vor, dessen Ziele die Förderung der individuellen Mehrsprachigkeit und des Erhalts der europäischen Vielsprachigkeit und der kulturellen Vielfalt sind. In Österreich wurde durch LEPP ein Konsens hinsichtlich der Entwicklungsrichtungen und eine Beschleunigung von Prozessen erzielt.

Die Ausbildungsinhalte in der Lehrer/innenbildung erfolgen auf drei Ebenen:

- Erstellung von Kompetenzkatalogen für gemeinsame Kompetenzgrundlagen (Europäische Portfolio für Sprachlehrende in Ausbildung, EPOSA)
- Implementierung der Didaktik der Mehrsprachigkeit
- Ausweitung des Sprachenangebotes

Die Ausbildung soll zu Sprachlehrer/innen und nicht (nur) zu Lehrer/innen für eine bestimmte Spra-

3 http://ec.europa.eu/education/news/news2540_en.htm

4 http://ec.europa.eu/education/news/news1110_en.htm

5 http://www.oesz.at/sub_main.php?page=bereich.php?bereich=17-tree=371

che erfolgen. Die vorhandene Mehrsprachigkeit im Klassenzimmer soll genutzt und als Bereicherung gesehen werden. Den Schüler/innen müssen individuelle Lernwege gezeigt werden. Das europäische Sprachenportfolio soll in die Unterrichtsarbeit einbezogen werden.

Das Projekt IMoF (Innsbrucker Modell für Fremdsprachendidaktik) an der Uni Innsbruck und der PH Tirol widmet sich der Vernetzung von Sprachen und der Sprachausbildung. Ähnlichkeiten der Sprachen sollen beim Spracherwerb genutzt werden.

Das ÖSZ unterstützt Lehrer/innen in ihrer Aus- und Fortbildung, es stellt Materialien zur Verfügung, z.B. KIESEL.

Die Lehrer/innenaus- und –weiterbildung im Spracherwerbsbereich: Chancen und Grenzen eines dringenden Entwicklungsschrittes

Mag. Dr. Susanna Buttaroni von der Universität Linz beklagt in ihrem Vortrag die Säumigkeit jener politisch Verantwortlichen, die wissenschaftliche Erkenntnisse nicht umsetzen oder falsche Instrumente einsetzen. So kritisiert sie die Sprachstandsfeststellungen, die in Wien verwendet werden als nicht geeignet für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache und im Widerspruch zu sprachwissenschaftlichen Gutachten stehend. In der Schule könne man überhaupt keine Sprachdiagnose durchführen, da den Lehrer/innen die Wissensinstrumente dazu fehlen. Sie bezweifelt, dass das im Aktionsplan 2004 – 2006 von der Europäischen Kommission 2003 festgelegte Bildungsziel „zusätzlich zur Muttersprache zwei weitere Sprachen zu erlernen“ rasch erreicht werden kann.

Erste Erfahrungen in der Schweiz mit der Umsetzung der Mehrsprachigkeitsdidaktik: Viele Wege führen nach Rom ...

Prof. Dr. Giuseppe Manno von der Pädagogischen Hochschule und Fachhochschule FHNW (Nordwestschweiz) in Basel gibt zunächst einen Überblick über die politische und sprachpolitische Situation in der Schweiz. Der Staat ist in 26 Kantone unterteilt. Es gibt vier offizielle Landessprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch, Rätoromanisch). Drei Kantone sind zweisprachig (Fribourg, Wallis, Bern) und einer dreisprachig (Graubünden). Hochdeutsch ist auch in der deutschsprachigen Schweiz praktisch eine Fremdsprache.

Ende 2009 betrug der Anteil der ausländischen Bevölkerung 22% und umfasste 30 – 35 Sprachen. Aber nur 9% der Bevölkerung gaben an, eine andere Sprache als eine der Amtssprachen zu sprechen.

„Die Mehrsprachigkeit der Schweiz ist eine Eigenschaft des Staates, welcher die Einsprachigkeit garantiert“.

Die schulische Bildung liegt bei den Kantonen, es gibt daher 26 autonome Bildungssysteme, jeder Kanton hat sein eigenes Schul- oder Bildungsgesetz. Die Schweiz hat kein Bildungsministerium, aber eine nationale Koordinationsbehörde, die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK).

Was den Fremdsprachenunterricht betrifft, fand ein Paradigmenwechsel statt. Bis 1975 wurde die erste Fremdsprache, die eine Landessprache sein musste, ab der 1. Sekundarstufe (7. Schulstufe) unterrichtet, seit 1975 erfolgt der Unterricht ab dem 3. oder 4. Schuljahr. Im Jahr 2012/13 werden zwei Fremdsprachen wovon eine eine Landessprache sein muss, in der Primarschule unterrichtet, die erste spätestens ab der 3. Klasse, die zweite spätestens ab der 5. Schulstufe. Die Kantone entscheiden selbst, ob zuerst Englisch oder eine zweite Landessprache als Fremdsprache unterrichtet wird.

Das Ziel des Schulharmonisierungsprojektes (HarmoS) sieht vor, dass am Ende der Volksschule kein Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Fremdsprache bestehen soll, obwohl die 2. Fremdsprache weniger Unterrichtsstunden hat!

Der Unterricht in der ersten Fremdsprache sollte das Lernen weiterer Fremdsprachen vorbereiten und die vorhandenen Kenntnisse der ersten Fremdsprache sollen gezielt für den Unterricht der zweiten Fremdsprache eingesetzt werden.

EDK verfolgt als Ziel für den schulischen Fremdsprachenunterricht die Erziehung zur funktionalen Mehrsprachigkeit. Es geht nicht mehr darum eine Fremdsprache möglichst perfekt zu erlernen, kei-

ne „native like control of the language“. Das wäre der Idealfall, wird aber zum Spezialfall. Aus dem traditionellen isolierten Sprachenlernen von einer Sprache nach der anderen muss sich ein mehrsprachiges Repertoire entwickeln. Keine Addition von L1 + L2 + L3, sondern eine Integration, in die auch die Schulsprache miteinbezogen werden sollte. Am 24. 2. 2011 einigten sich 21 Kantone auf einen Entwurf, der für alle Sprachen gleiche Kompetenzbereiche definiert. Die Lehrpläne und die Lehrmittel müssten dem angepasst werden.

HarmoS und EDK verfolgen nur teilweise die gleichen Strategien. Die Ostschweiz ging bei der Umsetzung der Pläne sehr rasch vor und hat nun mit einigen Problemen zu kämpfen, die Nordwestschweiz geht es langsamer an, verfolgt aber langfristige Strategien.

In der Schweiz werden am Ende der 6. und 9. Schulstufe Bildungsstandards in der Schulsprache, der ersten Fremdsprache, Mathematik und den Naturwissenschaften eingesetzt.

Zusammenfassung: Dr. Christine Krawarik